

STELLUNGNAHME zum Antrag	Vorlage Nr.:	2018/0302						
CDU-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez. 2						
Regelmäßige Sondersitzungen des Hauptausschusses zu sicherheitspolitischen Themen								

Gremium	Termin	TOP	Ö	nö
Hauptausschuss	03.07.2018	2.5	х	
Gemeinderat	17.07.2018	31	X	
Comemaciat	1710712010	.		

## Kurzfassung

Die Verwaltung hat für die Hauptausschusssitzung am 3. Juli 2018 sicherheitspolitische Themen auf die Tagesordnung aufgenommen und die gewünschten Teilnehmenden eingeladen. Mit dem Gemeinderat ist diese Vorgehensweise für eine Sitzung im Jahr vereinbart worden und wird bereits im zweiten Jahr umgesetzt. Zukünftig kann dies, wenn gewünscht und sinnvoll, auch mehr als ein Mal im Jahr erfolgen.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag als erledigt zu betrachten.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)			X	,	nein		ja		
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)				Finanzierung durch städtischen Haushalt				Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatori- schen Kosten abzügl. Folgeer- träge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen) Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) Ergänzende Erläuterungen:  Kontenart:									
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant nein		Χ	ja	Handlung	gsfeld: Zı	ukunf	nft Innenstadt und öffentl. Raum		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) X nein			ja	durchge	eführt am				
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften X nein			ja	abgestin	bgestimmt mit				

1. Die Stadtverwaltung richtet eine bis zwei jährliche Sondersitzungen des Hauptausschusses speziell zu sicherheitspolitischen Themen ein.

Die Stadtverwaltung hat aufgrund der entsprechenden Diskussionen der letzten Jahre im Gemeinderat, insbesondere anlässlich der Sitzung vom 14. März 2017, das Thema intern nachbetrachtet. Es wurde auch bei anderen, mit Karlsruhe vergleichbaren Kommunen in Baden-Württemberg nachgefragt, wie dort mit sicherheitspolitischen Themen in der Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat umgegangen wird. Spezielle "Sicherheits-Ausschüsse" gibt es danach in keiner Stadt. Lediglich in Mannheim gibt es einen Ausschuss mit einer entsprechenden Ausrichtung. Dieser "Ausschuss für Sicherheit und Ordnung" umfasst die Aufgabengebiete Ordnungswesen, Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie Informationstechnologie.

Die Verwaltung hält daher eine jährliche Sondersitzung des Hauptausschusses für empfehlenswert wie dies auch mit dem Gemeinderat vereinbart ist. Bedarfsorientiert könnten auch in weiteren Sitzungen des Hauptausschusses schwerpunktmäßig sicherheitsrelevante Themen behandelt werden.

Für die Hauptausschusssitzung am 3. Juli 2018 ist eine Tagesordnung mit sicherheitspolitischen Themen geplant, wie es ja dem Gemeinderat schon länger bekannt ist.

 An der/den Sondersitzungen nehmen neben den Mitgliedern des Hauptausschusses das Ordnungsamt (OA), das Amt für Stadtentwicklung (AfSta), das Polizeipräsidium (PP) und gegebenenfalls weitere Einrichtungen wie die Sozial- und Jugendbehörde teil.

Bei den unter Ziffer 1 beschriebenen Planungen sind als ständige Teilnehmende die genannten Behörden bereits eingeplant. So wurde bereits anlässlich eines Gespräches mit der Polizei das Thema erörtert. Diese hat die grundsätzliche Bereitschaft für eine regelmäßige Teilnahme signalisiert.

Auch die Einbindung weiterer städtischer oder externer Teilnehmender (jeweils themenbezogen) ist vorgesehen.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag als erledigt zu betrachten.